

Aus dem Gemeinderat



Sitzung vom 22.11.2011

Unterstützung im Alter Pflegestützpunkt Schwarzwald-Baar-Kreis stellt sich vor

Schon in seiner Sitzung Ende Oktober hatte sich der Gemeinderat mit Pflege- und Unterstützungsangeboten für Senioren im Zusammenhang mit dem „Betreuten Wohnen“ befasst. In diesem Zusammenhang hatte der 2010 gegründete „Pflegestützpunkt Schwarzwald-Baar-Kreis“ angeboten, seine Inhalte und Aufgaben im Gemeinderat öffentlich vorzustellen.

Carina Wong vom Pflegestützpunkt erläuterte das Angebot der Einrichtung anhand einer Präsentation. Der Pflegestützpunkt Schwarzwald-Baar-Kreis ist eine zentrale Anlaufstelle, die Pflegebedürftige und deren Angehörige umfassend, neutral und kostenlos zu allen Fragen rund um das Thema Pflege und Alter berät. Ziel ist es, den anfragenden Personen zu helfen, sich im „Pflegedschungel“ zurecht zu finden. Die Betroffenen können dann selbst entscheiden, welches der verfügbaren Angebote sie in Anspruch nehmen möchten.

Nähere Informationen zum Pflegestützpunkt Schwarzwald - Baar – Kreis finden sie hier



Kontakt:

Ab Februar 2011 im Abt-Gaisser-Haus

Schulgasse 23
Zimmer 1.2 (im 1. Obergeschoss)
78050 Villingen-Schwenningen

Tel. 07721/913-7456

Fax: 07721/913-8456

E-mail: Pflegestuetspunkt@Lrasbk.de
Internet: www.quellenlandkreis.de

Der Gemeinderat nahm den Bericht zustimmend zur Kenntnis. Die Angebote des Pflegestützpunktes stellen

einen Baustein zur Vernetzung der Unterstützungs- und Betreuungsangebote für Senioren in der Gemeinde dar.

Neue Rechner im Rathaus

In seiner Sitzung am 22.11. hat der Gemeinderat die finanziellen Mittel für die Neuanschaffung einer EDV-Anlage für die Verwaltung im Haushaltsjahr 2012 beschlossen. 50.000 € stehen für den Erwerb von Rechnern, Bildschirmen, Software sowie die Einbindung ins Netzwerk und Schulungsmaßnahmen zur Verfügung. Da die vorhandene Anlage beinahe 6 Jahre alt ist und bereits erste Probleme aufgetreten sind, wurde ein strenger Zeitplan aufgestellt. Noch in der Woche des Gemeinderatsbeschlusses wurden die Ausschreibungsunterlagen versendet. Die Submission wird am 15.12. statt finden. Um die Anlage noch vor Ablauf der Lizenzen des Virenschutzprogramms einbinden zu können, wird die Auftragsvergabe durch die Verwaltung noch in 2011 erfolgen. Bei einer Lieferzeit von derzeit ca. 6 Wochen wird mit der Inbetriebnahme etwa Mitte Februar 2012 gerechnet.

Haushaltsentwurf 2012 eingebracht

Gemeinde Brigachtal
Schwarzwald-Baar-Kreis



Haushaltsplan

und

Wirtschaftsplan Wasserversorgung

2012



In seinen Sitzungen vom 15. und 22.11.2011 hat der Gemeinderat intensiv über den Entwurf des Haushaltsplans 2012 beraten.

Nachdem zwischenzeitlich auch der Haushaltserlass des Finanzministeriums ergangen ist, konnte in den Sitzungen mit verlässlichen Eckdaten gearbeitet werden. Die Einnahmen aus dem kommunalen Finanzausgleich sind im Gegensatz zum Vorjahr deutlich gestiegen. Dies liegt zum einen an dem der Berechnung zugrunde liegendem Basisjahr 2010, dort waren nämlich in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise die Steuereinnahmen deutlich zurückgegangen. Zum anderen aber daran, dass die Landeszuweisungen für die Kinderbetreuung erheblich aufgestockt wurden. Insgesamt können bei den Zuweisungen ca. 550.000 € mehr veranschlagt werden. Ebenfalls durch das schlechte Basisjahr 2010 sind die Umlagezahlungen gegenüber dem Vorjahr gesunken. Dies macht in der Summe ca. 177.000 € weniger Umlagen aus. Der Anteil für die Gemeinde an der Einkommensteuer steigt auf Grund der sprudelnden Steuereinnahmen beim Bund auf ca. 158.000 €, obwohl sich hier durch eine Änderung der Berechnungsgrundlagen grundsätzlich eine Verschlechterung für die Gemeinde Brigachtal ergibt. Der Anteil an der Umsatzsteuer sinkt, verursacht ebenfalls durch eine Änderung der Berechnungsgrundlagen, um ca. 15.000 €.

An diesen beachtlichen Sprüngen von Einnahmen und Ausgaben ist auch zu erkennen wie abhängig die Gemeindefinanzen von äußeren Einflüssen sind.

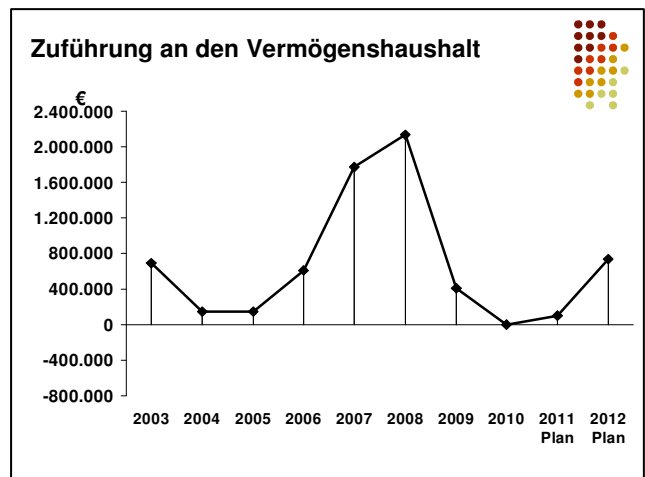
Die gemeindeeigenen Steuern erhöhen sich ebenfalls. Die Gewerbesteuer hat sich bereits im Jahr 2011 sehr deutlich nach oben entwickelt. Hier ist der Planansatz von 800.000 € (Vorjahr 700.000 €) sicher eine realistische Größe die bei gleichbleibender Konjunktur auch erreicht werden kann. Durch die Anhebung der Hebesätze bei der Grundsteuer ist ein Haushaltsansatz mit insgesamt 575.000 € geplant (Vorjahr 534.000 €). Die Erhöhung der Hundsteuer macht sich mit ca. 2.700 € bemerkbar.

Ein Maßstab für den Haushalt ist die Zuführung vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt. Hier kann man ablesen, ob der Verwaltungshaushalt eine ordentliche Summe erwirtschaftet, die dann für die Ausgaben im Vermögenshaushalt zur Verfügung stehen kann. Im Haushaltsrecht spricht man hier zudem von einer **Nettoinvestitionsrate**. Als Nettoinvestitionsrate bezeichnet man die verbleibende Differenz zwischen der Zuführung vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt abzüglich den ordentlichen Tilgungs- und Kreditbeschaffungskosten; der verbleibende Betrag steht der Gemeinde für Investitionen zur Verfügung. Die Zuführung zum Verwaltungshaushalt beträgt voraussichtlich 734.400 €. Vermindert man diesen Betrag um die Tilgung von 34.300 € beträgt die Nettoinvestitionsrate ca. 700.000 €. Nach den zurückliegenden Haushaltsjahren, in denen eine geringe Zuführung erwirtschaftet wurde - wie auch aus dem Schaubild erkennbar - ist die Höhe dieser Zuführung sehr wichtig. Dadurch können Investitionen angegangen und die allgemeine Rücklage der Gemeinde geschont werden. Ebenfalls kann Dank dieses Ergebnisses auf die Aufnahme von Krediten zur Finanzierung des Vermögenshaushaltes verzichtet werden. Dies hatte sich nämlich noch vor dem Haushaltserlass so abgezeichnet.

Bei den Sachausgaben sind im Entwurf des Verwaltungshaushaltes neben den laufenden Ausgaben für Unterhaltung und Bewirtschaftung der Gemeindeeinrichtungen auch einmalige und kostenintensive Maßnahmen vorgesehen. So wird z.B. die Optimierung der Straßenbeleuchtung in Klengen und Kirchdorf umgesetzt. Mit dem Konzept, welches die Straßenleuchten der gesamten Gemeinde einschließt, wurde bereits in 2011 im Ortsteil Überauchen begonnen. Diese Optimierung soll letztendlich zu Stromeinsparungen führen und schlägt mit ca. 166.000 € zu Buche. Unter dem Unterabschnitt Gemeindestraßen stehen Beträge von insgesamt 117.000 € bereit. Hier soll neben der allgemeinen Unterhaltung die Treppe vom Rathausplatz zur Marbacherstraße, Kanal- und Straßeneinlaufschächte, die Treppenanlagen Hasel- und Kiefernweg sowie die Gemeindeverbindungsstraße nach Rietheim saniert werden.

Bei der Abwasserbeseitigung sind ca. 95.000 € zusätzlich veranschlagt um einen gesetzlich vorgeschriebenen Generalentwässerungsplan zu erstellen, und die Eigenkontrollverordnung bestimmt, dass die Gemeinde sämtliche Kanäle auf Schäden zu kontrollieren hat. Diese Maßnahme wird sich über zwei Jahre hinziehen. Im Jahr 2013 ist somit noch einmal ein Betrag in der gleichen Höhe in den Haushalt aufzunehmen. Diese Maßnahme hatte auch wesentlichen Einfluss bei der Kalkulation der Abwassergebühren.

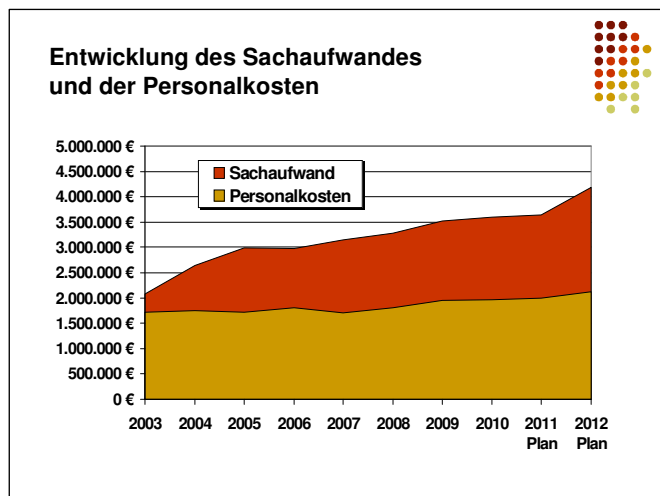
Die Personalausgaben steigen ebenfalls. Hier ist die Gemeinde gehalten, gemäß der Kindertagesstättenverordnung (KiTaVO) ausreichend Personal für die Kinderbetreuung vorzuhalten. Dies hat zu Personalaufstockungen in allen Kindertagesstätten geführt. Im Rathaus sollen mit mehr Personal vielfältige, und auch neu anstehende Aufgaben bewältigt werden. Die Personalkosten stellen mit insgesamt 2.130.500 Mio. € (Vorjahr 1.995.700 €) mit den größten Ausgabenposten dar.



Im Vermögenshaushalt sind neben einer ganzen Anzahl von kleineren Anschaffungen auch größere Maßnahmen und Investitionen geplant. Einig war sich der Gemeinderat, dass der weitere Sanierungsabschnitt bei der Schule (77er Bau) geschoben werden soll. Dieser Bauabschnitt, der insbesondere die Energetik des Gebäudes verbessern soll, wird ca. 710.000 € kosten und soll frühestens im Jahr 2013 angegangen werden. Geschoben wird auch die Fertigstellung der Erschließungsstraße im Baugebiet „In der Zielgass, 2. Bauabschnitt“. Der hier noch fehlende Feinbelag für 76.000 € soll ebenfalls erst im Jahr 2013 aufgebracht werden.

Dadurch wird die allgemeine Rücklage für 2012 wesentlich entlastet. Vorgezogen wird im Gegenzug die Grundsanierung des Rathausplatzes. Hier weisen die Pflastersteine aus Porphyr große Mängel und teilweise auch schon gefährliche Stolperfallen auf. Die Sanierung wird ca. 100.000 € in Anspruch nehmen. Der Kindergarten Überauchen wird in einem weiteren Bauabschnitt energetisch saniert. Dies wird aber nur dann der Fall sein, wenn die Gemeinde mit dem Ortsteil in das Landessanierungsprogramm aufgenommen wird. Entsprechende Anträge sind bereits gestellt.

Auch ohne Zuschussprogramm muss die Außenfassade der Kindertagesstätte St. Martin mit einer Dämmung



versehen werden. Im Jahre 2008 wurden mit einem Förderprogramm Betreuungsplätze für Kleinkinder geschaffen. Damals wurde die Außenfassade aus Kostengründen zurückgestellt. Nachdem nun aber an den Außenwänden schadhafte Stellen erscheinen ist hier Handlungsbedarf.

Für die Bediensteten im Rathaus wird der Platz zu eng, wenn im Laufe des Jahres der Personalstamm aufgestockt wird. Hier schafft für ca. 60.000 € der Umbau der Räume des ehemaligen Polizeipostens zu Verwaltungsbüros Abhilfe. Im Rathaus wird zudem die in die Jahre gekommene EDV-Anlage für ca. 50.000 € ausgetauscht. Die Feuerwehr soll für 36.000 € ein neues Fahrzeug bekommen. Der Mannschaftstransportwagen ersetzt ein 20 Jahre altes Fahrzeug, welches inzwischen aus Sicherheitsgründen aus dem Verkehr gezogen wurde. Für diese Maßnahme werden Zuschüsse in Höhe von 12.000 € erwartet. Ebenso muss im Bauhof ein älteres Fahrzeug ersetzt werden. Hierfür werden

120.000 € bereit gestellt. Dieses Fahrzeug wird vor allem auch für den Winterdienst benötigt. Zuschüsse werden hierfür keine fließen.

Für die Sportanlage Klengen wird ein neuer Rasentraktor beschafft. Das Fahrzeug schlägt mit 26.500 € zu Buche und der Gemeinderat will vor dessen Anschaffung noch einmal ausführlich darüber beraten, ob eventuell auch noch eine weitere Nutzung für das doch teure Gerät möglich wäre. Für die Ortskernsanierung in Überauchen wurden insgesamt 82.000 € in den Plan aufgenommen. Hier könnten, falls der Gemeinde für die Aufnahme in das Landessanierungsprogramm eine Zusage erteilt wird, schon 60.000 € für die Sanierung von Privatmaßnahmen fließen. Für den Winterdienst sind drei neue Schneepflüge mit Kosten in Höhe von insgesamt 35.000 € anzuschaffen. Die Tore im Geräte-raum der Halle Kirchdorf sollen aus sicherheitstechnischen Gründen für 26.000 € ausgetauscht werden.

Für allgemeinen Grunderwerb, aber auch für eine Grundstücksbevorratung und eventuellen Grundstückskauf für eine Erweiterung des Betreuten Wohnens sind 440.000 € im Haushaltsplan veranschlagt. Hiermit will man eine gewisse Handlungsfähigkeit in der Innenentwicklung erreichen. Für die im Moment noch laufenden Kredite werden 34.300 € Tilgung anfallen.

Finanzplanung von 2013 bis 2015

Der Finanzplan soll einen Überblick über längerfristige Entwicklungen ermöglichen und die Haushaltsführung in größere Zusammenhänge stellen. Der Finanzplan ist für den Gemeinderat, die Einwohner, die Verwaltung selbst und die Aufsichtsbehörden ein wichtiges Instrument zur Information über die Finanzlage. Er koordiniert die einzelnen Fachplanungen, legt Prioritäten für die Aufgaben fest und dient mittelfristig zur Sicherung der stetigen Aufgabenerfüllung und des Haushaltsausgleichs. Basis der Vorkalkulation sind das Rechnungsergebnis 2010 und die Haushaltspläne 2011 und 2012. Das Ergebnis der Finanzplanung für die Jahre 2013 – 2015 wird stark beeinflusst durch die Auswirkungen des Finanzausgleichs, insbesondere auch durch den 2-jährigen Verzögerungseffekt. Die Finanzplanung zeigt auf, dass in den Jahren 2013 und 2015 finanzwirtschaftlich keine einfachen Jahre auf die Gemeinde zukommen werden. Auf den Einsatz von Fremdmitteln konnte noch im Jahr 2011 und 2012 verzichtet werden. Die Finanzplanung zeigt auf, dass dies für die kommenden Jahre nicht mehr der Fall sein wird. Hier sind teilweise unaufschiebbare Maßnahmen durchzuführen. Vor allem ist bei Aufschiebungen in größerem Maße die Gefahr eines Investitionsstaus gegeben, der dann nur schwer abzarbeiten ist.

Eigenbetrieb Wasserversorgung

Mit einem Volumen von 500.100 € liegt der **Erfolgsplan** deutlich über dem des Vorjahres. Hier machen sich die eingeführte Gewinnerzielung und die Abführung einer Konzessionsabgabe an den Gemeindehaushalt bemerkbar. Durch diesen Umstand war auch

eine Anpassung der Gebühren notwendig. Die Wassergebühr beträgt daher ab 01.01.2012 netto 1,95 €/cbm Frischwasserverbrauch (bisher netto 1,65 €/cbm). Diese Erhöhung wurde vom Gemeinderat in seiner Sitzung vom 25.10.2011 beschlossen.

Im Volumen des **Vermögensplans** in Höhe von 234.200 € ist neben einer Leitungsverlegung in der Bad Dürrheimer Straße auch Anschaffungen in den Tiefbrunnen und Hochbehältern vorgesehen. Die größte Summe beansprucht die Erschließung vom Baugebiet „Ob dem Dorf II“ in Höhe von 45.000 €. Zur Finanzierung der Investitionen ist eine Kreditaufnahme in Höhe von 48.000 € ist nötig. Durch den im Eigenbetrieb verbleibenden Gewinn in Höhe von ca. 32.000 € fällt dieser Kredit deutlich niedriger aus. Für die Schuldentilgung werden 143.500 € aufgewendet

Der Haushaltsplan 2012 und der Wirtschaftsplan 2012 werden in der Gemeinderatsitzung vom 13.12.11 vom Gemeinderat verabschiedet.

Sachstandsbericht zu Gemeindesteuern, Gemeindeabgaben und freiwilligen Leistungen

Hier wurde über die Kostendeckungsgrade vor allem der kostenrechnenden Einrichtungen wie z.B. Mehrzweckhallen, Werk- und Vereinshaus, Festplatz, Schlachthaus, Friedhof und Kindertagesstätten berichtet. Durch die gestiegenen Landeszuweisungen im Bereich Kinderbetreuung sind die Kostendeckungsgrade in den Kindertagesstätten deutlich gestiegen. Die Landesregierung und die kommunalen Landesverbände haben sich am 10.11.2011 auf einen deutlich höheren Kostenbeitrag des Landes als bisher geeinigt.

Bei den Friedhofsgebühren scheint Handlungsbedarf geboten. Der Kostendeckungsgrad sinkt und inwieweit sich die sich abzeichnende Änderung der Bestattungskultur auf die Gebühren auswirkt soll überprüft werden.

Insgesamt sind die Kostendeckungsgrade in vielen Bereichen nicht zufriedenstellend. Trotzdem wird von einer Anpassung der Benutzungsgebühren im kommenden Jahr abgesehen.

Die Förderung des Sports, der kulturellen Vereine, der Jugend- und Seniorenarbeit, der Volksbildung (Bücherei) bis hin zur Landwirtschaft wird in bisheriger Weise fortgesetzt.

Erhöhung der Hebesätze für die Grundsteuer A und Grundsteuer B



Die Hebesätze der Grundsteuer A für landwirtschaftliche Grundstücke und der Grundsteuer B für alle anderen Grundstücke werden zum 01.01.2012 erhöht.

Grundsteuer A auf 360 v.H. (bisher 340 v.H.)

Grundsteuer B auf 380 v.H. (bisher 350 v.H.)

Im Rahmen der Haushaltsberatungen zum Haushalt 2012 lässt die mittelfristige Finanzplanung einen erhöhten Finanzierungsbedarf erkennen. Das Volumen der geplanten und notwendigen mittelfristigen Investitionen kann aus dem Verwaltungshaushalt auch trotz hoher Finanzzuweisungen nicht gedeckt werden.

Um der Aufgabenvielfalt und den Anforderungen an die Gemeinde in der Zukunft gerecht zu werden, ist der Erhalt und der Ausbau der Infrastruktur in verschiedenen Bereichen erforderlich. Die in der Finanzplanung aufgezeigte Fremdfinanzierung würde zu einer erheblichen Verschuldung der Gemeinde führen. Diese sollte neben einer Beschränkung der Investitionen auf das Notwendige auch mittels einer Stärkung der eigenen Finanzkraft im Verwaltungshaushalt erreicht werden.

Die Grundsteuer ist ein wesentlicher Teil dieser eigenen Finanzkraft. Sie dient in der Abwicklung des kommunalen Finanzausgleichs zwar als Grundlage für die Berechnung der Steuerkraft der Gemeinde, sie bleibt aber in voller Summe in der Gemeindekasse und ist keinen Schwankungen durch Finanz- oder Wirtschaftskrisen ausgesetzt.

Eine Verbesserung der Einnahmesituation kommt der Verbesserung der Infrastruktur zu Gute.

Der durchschnittliche Grundsteuerhebesatz bei den Kommunen im Schwarzwald-Baar-Kreis liegt derzeit bei 365 v.H. für die Grundsteuer A und bei 393 v.H. bei der Grundsteuer B. Im Jahr 2011 beträgt das Gesamtaufkommen (Grundsteuer A+B) ca. 533.000 €. Durch die Hebesatzerhöhung werden im Jahre 2012 ca. 575.000 € in die Gemeindekasse fließen.

Erhöhung der Hundesteuer

Für die im Gemeindegebiet gehaltenen Hunde werden die Steuersätze ebenfalls erhöht. Die Hundesteuer wird ab 01.01.2010 von 96 € auf 108 € für den Ersthund erhöht. Für den zweiten und jeden weiteren Hund sind 216 € (bisher 192 €) zu entrichten.

Anpassung der Entgelte für das amtliche Mitteilungsblatt

Das Entgelt für das amtliche Mitteilungsblatt wird ab 01.01.2012 von 16 € auf 18 € jährlich angepasst.

Die Kosten für das Mitteilungsblatt sollen zum Teil durch die Abonnenten gedeckt werden. Die letzte Anpassung des Bezugsgeldes war zum 01.01.2004. Durch Preissteigerungen bei der Erstellung und den Druck sowie ein Anstieg der Personalkosten in den zurückliegenden 8 Jahren war eine Anpassung des jährlichen Bezugspreises notwendig. Der Kostendeckungsgrad liegt nach der Anpassung bei ca. 50 %.

Der Kostenersatz für die Postzustellung des Mitteilungsblattes außerhalb von Brigachtal wurde seit 2004 ebenfalls nicht mehr angepasst und beträgt seither 31 € jährlich. Diese Kosten belaufen sich inzwischen auf ca. 39 € jährlich und sind in dieser Höhe ab 01.01.2012 von den betroffenen Abonnenten zu übernehmen.